



# Almut Großmann

## Kandidatur als stellv. Juso-Bundesvorsitzende

Liebe Genoss\*innen,  
wir Jusos streiten spätestens seit der Linkswende vor 50 Jahren für den demokratischen Sozialismus. Dabei war uns immer bewusst: Wir müssen gegenüber unserer Mutterpartei in kritischer Solidarität den Finger in die Wunde legen. Unsere Rolle in der Partei hat sich aber in den letzten Jahren stark gewandelt. Wir sind zu einer treibenden Kraft geworden, deren Stimme niemand mehr einfach überhören kann. Und genau deshalb ist es unsere Aufgabe, stärker als je zuvor für eine Linkswende in der SPD zu streiten. Dafür müssen wir die Verteilungsfrage und das Gemeinwohl wieder in das Zentrum unserer Politik rücken.

### System change not climate change

An keinem Thema wird dies zurzeit so deutlich wie an der Klimakrise. Mit dem menschengemachten Klimawandel und seinen Folgen wird sichtbar, wohin fehlende Regeln für Nachhaltigkeit, die Abwesenheit von Umweltstandards, wohin Marktgläubigkeit und mangelndes Eingreifen führen. Die Folgen des Klimawandels und ihre Auswirkungen treffen heute bereits Millionen Menschen und zwar vor allem die ökonomisch Schwächeren sowie die Menschen im globalen Süden überhaupt. Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt geraten in Gefahr und Menschen sind zur Flucht gezwungen.

Die kapitalistische Logik der permanenten Gewinnmaximierung, die keine Rücksicht nimmt auf das Gemeinwohl, wird keine wirksame und sozialgerechte Transformation, wie wir sie uns vorstellen möglich machen.

Unsere Antwort kann deshalb nur eine radikale sozial-ökologische Transformation sein. Dabei geht es uns nicht nur um Investitionen in neue nachhaltige Techno-

logien oder Innovationen, auch wenn wir beides dringend brauchen, um den ökologischen Wandel möglich zu machen. Auch Bepreisungen oder Prämien, die einen Umstieg für die einzelne Person erleichtern sollen, sind für uns nur kleine Bausteine.

Unser Weg für die tatsächliche sozial-ökologische Transformation jedoch ist ein anderer. Wir setzen nicht auf marktkonforme Lösungen. Wir setzen auf mehr demokratische Entscheidungen. Wie ein Unternehmen wirtschaftet zum Beispiel, müssen die Beschäftigten entscheiden. Und sie müssen auch diejenigen sein, die am Ende etwas davon haben. Gleichzeitig brauchen wir klare staatliche Regeln darüber, wie wir in Zukunft mit endlichen Ressourcen umgehen. Dazu gehört eine vollständige Verkehrswende, die staatlich organisiert wird, niedrige Grenzwerte für Emissionen und auch Verbote von alten und umweltschädlichen Technologien. Durch Investitionen in Innovationen müssen wir den technischen Fortschritt für das Gemeinwohl nutzbar machen. Wir wollen den Umbau hin zu einer Kreislaufwirtschaft, damit all unser Wirtschaften und unsere Produktion in Zukunft möglichst nachhaltig und ressourceneffizient passiert. Wir brauchen eine Demokratisierung der Entscheidung über diese Ressourcen. Dafür muss auch die zentrale Versorgung – zum Beispiel mit Energie & Strom – zurück in staatliche Hand. Denn die Verantwortung für eine solche Transformation kann nicht auf das Individuum und einzelne Konsumententscheidungen abgewälzt werden. Nicht die ökonomisch Schwachen haben die Herausforderungen zu tragen, sondern diejenigen, die auch mehr tragen können.

Ich möchte mit euch unseren Weg für eine radikale Transformation diskutieren und dabei auch die Sektoren

nicht vergessen, die in den vergangenen Jahren oft zu kurz kamen. Dazu gehört für mich auch der Austausch mit den Umweltverbänden und den Gewerkschaften ganz explizit zu diesem Thema.

### All the women who are independent

Frauen sind von den Folgen der Klimakrise besonders stark betroffen und die Mehrheit der von Armut betroffenen Menschen auf der Welt sind Frauen\*. Frauen\* verdienen immer noch 21 % weniger als Männer und leisten deutlich mehr Care-Arbeit, gehen deutlich länger in Elternzeit usw.. Der absolute Großteil der Opfer sexualisierter Gewalt sind Frauen\*. Und die strukturelle Diskriminierung von Frauen\* trifft besonders hart Frauen\* die von Mehrfachdiskriminierungen betroffen sind wie Women of Color.

Der feministische Kampf verliert nicht an Bedeutung, sondern verschärft sich angesichts eines erstarkenden Rechtsextremismus und einem gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck stetig. Feministische Themen gehören deshalb auf jede unserer Veranstaltungen, jedes Thema, das wir diskutieren, muss auch feministisch betrachtet werden. Kein Projekt der nächsten Jahre kann ohne feministische Analyse auskommen. Auch eine Bundestagswahlkampagne, gerade wenn sie sich der Verteilungsfrage widmet, kann die Verteilungsungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern nicht unberücksichtigt lassen.

Gegen den feministischen Rollback haben sich Frauen\* in den letzten Jahren organisiert, um für weiteren gesellschaftlichen Fortschritt zu streiten. Ein Großteil der Aktiven bei den globalen Klimastreiks sind Frauen\*. Es gab in den vergangenen Jahren riesige Demonstrationen für die sexuelle Selbstbestimmung und die Abschaffung von § 219a. Und auch in unserem Verband haben wir mit dem Frauen\*empowerment und der Frauen\*vernetzung die Unterstützung von Frauen\* untereinander und ihre gemeinsame Organisation weiter vorangetrieben. Diese Netzwerke können auch die Kultur und den Umgang im Verband positiv prägen. Daran möchte ich im kommenden Jahr anknüpfen. Gerade im Rahmen der feministischen Bündnisarbeit ist für uns auf Bundesebene noch deutlich Luft nach oben, daran möchte ich etwas ändern.

### How dare you? -

#### Schluss mit den faulen Kompromissen

Was die Koalition zu den beiden bereits diskutierten Themen hervorgebracht hat, ist mehr als enttäuschend. Der Kompromiss zu § 219a hat die Demonstrierenden für sexuelle Selbstbestimmung und viele Frauen\* zurecht wütend gemacht. Wir haben es in der Großen Koalition nicht geschafft, dem Grundsatz „My body, my choice“ gerecht zu werden. Gleichzeitig sind wir die Frage der Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern z.B. in Form eines dringend notwendigen Entgeltgleichheitsgesetzes gar nicht erst angegangen.

Millionen Menschen gehen auf die Straße und streiten für wirksamen Klimaschutz, während die Koalition versucht, die Ergebnisse des Klimakabinetts als großen Erfolg zu verkaufen. Für uns ist klar: von einem Erfolg kann nicht die Rede sein. Nicht nur, weil ambitionierte Ziele völlig fehlen, sondern auch weil die Koalition nahezu ausschließlich auf Marktmechanismen, wie Anreizsysteme, Prämien und Preise zu setzen scheint. Mit diesem Klimapaket hat die Große Koalition gezeigt, dass sie weder wirksamen Klimaschutz noch sozialgerechte Politik kann. Deshalb ist für uns immer noch klar: diese Koalition hat keine Zukunft!

Es ist mehr als offensichtlich: die Verteilungsfrage ist mit der Union nicht zu beantworten. Die Klimakrise oder die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sind nur zwei der zahlreichen Beispiele, in denen mit der Union keine Politik für die Vielen möglich ist. Deshalb stehen wir bereit, um für eine neue Politik der Umverteilung auf die Straße zu gehen. Wir sind bereit für einen Wahlkampf, der die Verteilungsfrage wieder in den Mittelpunkt stellt und das Ende der faulen Kompromisse erklärt. Wir sind bereit für Mehrheiten jenseits der Union zu streiten.

### Das bin ich

Ich bin 24 Jahre alt, in Stuttgart aufgewachsen und 2014 zum Medizinstudium nach Münster gezogen. Ich stecke in den letzten Zügen meines Studiums, arbeite parallel an meiner Promotion und werde danach in das Praktische Jahr einsteigen. Seit Beginn meines Studiums engagiere ich mich bei den Jusos in verschiedenen Ämtern. Ich wurde letztes Jahr in den Juso Bundesvorstand gewählt und möchte jetzt gerne an dieses Engagement anknüpfen. Über eure Unterstützung würde ich mich sehr freuen.